



Informationsblatt zum Datenschutz gemäß Art. 13 DSGVO

Geltungsbereich: Anlage zum Antrag auf die Gewährung finanzieller Hilfe in besonderer Not-situation aus Mitteln der Landes- bzw. Bundesstiftung

Gemäß den Regelungen der Datenschutzgrundverordnung informieren wir Sie über die Ver-arbeitung von personenbezogener Daten durch uns sowie über Ihre Rechte.

1. Verantwortliche Stelle

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung
Katja Zapp
Rheinallee 97-101
55118 Mainz
Tel: 06131 967-526
E-Mail: landesjugendamt@lsjv.rlp.de

2. Behördlicher Datenschutzbeauftragte

Traudel Boxheimer
Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung
Schießgartenstraße 6
55116 Mainz
Telefon: 06131 967-337
E-Mail: Datenschutz@lsjv.rlp.de

3. Zweckbestimmung und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Die Daten benötigen wir, um Ihren Antrag auf Leistungen der Landesstiftung „Familie in Not – Rheinland-Pfalz“ bzw. der Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“ zu bearbeiten.

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit e i.V.m. Art. 7 und 9 DS-GVO, § 6 der Richtlinie für die Vergabe und Verwen-dung der Stiftungsmittel sowie der Stiftungssatzung der Stiftung „Familie in Not – Rhein-land-Pfalz“.

4. Kategorien Personenbezogener Daten

Ich bin damit einverstanden,

- dass die von mir angegebenen persönlichen Daten (personenbezogenen Daten) und damit verbundenen Unterlagen im Rahmen der Beratung und Abwicklung meines Stiftungsantrags (elektronisch) erhoben, gespeichert und verarbeitet werden.
- dass die Beratungsstelle meine Daten an die Stiftung „Familie in Not – Rheinland-Pfalz“, die gleichzeitig Zuweisungs-empfänger der Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“ ist, der sie zur Erfüllung der in ihrer Zuständigkeit liegenden Aufgaben benötigt, übermitteln darf. Die Daten dürfen bei Weitergabe

auch dort nur nach den jeweils geltenden Vorschriften des Datenschutzes verwendet werden.

- dass sich meine Einwilligung auch ausdrücklich auf die von mir gemachten, besonders sensiblen personenbezogenen Daten (besondere Kategorie personenbezogener Daten) wie beispielsweise Schwangerschaftsverlauf, voraussichtlicher Geburtstermin, besonders sensible Finanz-daten wie der Inhaberschaft eines P-Kontos, laufende Lohn- und Gehaltspfändungen und migrations-sensible Daten wie der Aufenthaltsstatus erstreckt.
- dass die Stiftung andere Stellen (wie weitere soziale Beratungsstellen, das zuständige Jobcenter, die Sozialhilfe-verwaltung) um Übermittlung von Daten bittet, wenn dies zur Bearbeitung meines Antrages notwendig ist.
- und darüber informiert worden, dass die Daten auch dazu dienen, eine Gewährung von Mehrfachleistungen zu verhindern. Die Stiftung kann dazu andere Sozialberatungs-stellen und die weiteren landeszentralen Einrichtungen der Bundesstiftung kontaktieren.

5. Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Ihre Angaben sind grundsätzlich freiwillig.

Wenn Sie keine Angaben oder keine vollständigen Angaben machen, kann Ihr Antrag möglicherweise aber nicht richtig bearbeitet werden. Das könnte dazu führen, dass er abgelehnt wird. Nach Ablauf von fünf Jahren nach Abschluss des Antrags-verfahrens sind die Unterlagen zu vernichten, soweit besondere Rechtsvorschriften nicht entgegenstehen (§ 6 der Richtlinie für die Vergabe und Verwendung der Stiftungsmittel in der jeweils aktuell geltenden Fassung).

Weitere Hinweise zum Datenschutz finden sich auf der Homepage des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung <https://lsjv.rlp.de/de/startseite/> bzw.

<https://lsjv.rlp.de/de/ueber-das-landesamt/datenschutz/>.

6. Widerrufsrecht bei Einwilligung

Die Einwilligung zum Datenschutz kann jederzeit mündlich oder in Textform (z.B. Brief, Fax) für die Zukunft widerrufen werden. In diesem Fall muss allerdings der Antrag auf Leistungen der Bundes- bzw. Landesstiftung abgelehnt werden. Im Falle des Widerrufs dürfen personenbezogene Daten zukünftig nicht mehr für die oben genannten Zwecke verwendet werden und sind unverzüglich zu vernichten bzw. zu löschen, sofern keine Rechtsvorschriften entgegenstehen.

7. Ihre Rechte

Nach der Datenschutzgrundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Sie können von uns Auskunft über Ihre Daten verlangen, die wir gespeichert haben.
- Sie können von uns verlangen, Ihre Daten zu berichtigen, wenn sie unrichtig sind.
- Sie können von uns verlangen, Ihre Daten zu löschen, wenn wir sie nicht mehr benötigen. Dies könnte insbesondere dann der Fall sein, wenn Sie Ihren Antrag zurücknehmen oder der Verarbeitung Ihrer Daten widersprechen.

- Sie können von uns verlangen, die Verarbeitung Ihrer Daten einzuschränken. Das können Sie insbesondere dann tun, wenn Sie verlangt haben, Ihre Daten zu berichtigen und noch nicht geklärt ist, ob die Daten tatsächlich unrichtig sind.
- Sie können Ihre Einwilligung in die Verarbeitung Ihrer Daten jederzeit widerrufen. Der Widerruf gilt aber nicht rückwirkend. Er macht die vor dem Widerruf stattgefundene Verarbeitung Ihrer Daten nicht rechtswidrig.
- Sie haben darüber hinaus das Recht auf
- Datenübertragbarkeit.

Sollten Sie von den genannten Rechten Gebrauch machen, prüft der/die Verantwortliche, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür vorliegen. Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit des Landes Rheinland-Pfalz.